

## » Unterstützung in schwierigen Lebenslagen

### Wie Psychischen Erkrankungen und gesundheitlichen Einschränkungen oder Behinderungen

Die Versorgung von Menschen mit Unterstützungsbedarf im Bereich Wohnen, Arbeiten oder in anderen Lebensbereichen ist nicht ausreichend.

Teilhabe und Inklusion müssen in allen Lebensbereichen verwirklicht werden und hierfür schafft ein lokales Gemeinwesen oft die Voraussetzungen. Eine Mindestbedingung ist eine weitgehend barrierefreie Umgebung. Die Umsetzung im öffentlichen Raum ist oft noch nicht gegeben, im Nahverkehr verläuft sie zu langsam und zu schleppend und es gibt zu wenig barrierefreien Wohnraum. Es braucht außerdem mehr ambulante Unterstützungsmöglichkeiten für Menschen mit unterschiedlichsten Erkrankungen und Behinderungen.

Im Bereich der Arbeit fehlen Zuverdienst-Projekte; es gibt zu wenig Inklusionsunternehmen. Die Stadt könnte sich an Projekten zu mehr inklusiver Öffnung der Werkstätten für Menschen mit Behinderung beteiligen. Außerdem fehlt es dort an notwendigen Teilzeitarbeitsplätzen.

Es wäre auch notwendig mehr inklusive Einrichtungen in der Kinderbetreuung – seien es Krippen, Kindergärten oder andere Betreuungsformen – zu schaffen.

Inklusion muss als Querschnittsaufgabe in allen Lebensbereichen mitgedacht und im sozialen Bereich im Besonderen verwirklicht werden.

## » Einige besondere Gruppen

### Schutzsuchende

Die Politik soll die Stadtgesellschaft weiter dabei unterstützen gegen Ausgrenzung, Diskriminierung und Rassismus aktiv zu sein.

Im Konkreten bedeutet das, auch trotz der Aufnahmebefreiung durch das Ankunfts-zentrum mehr Geflüchtete als bisher aufzunehmen und gute und viele Integrationsangebote zu machen. Die Flüchtlingsarbeit, sowohl haupt- als auch ehrenamtlich, ist zu unterstützen.

Die Bezahlkarte ist ein Instrument der Diskriminierung, das stark in das Recht auf Selbstbestimmung eingreift. Wir lehnen diese daher grundsätzlich ab. Falls die Stadt gezwungen wäre, sie einzuführen, soll der kommunale Spielraum bei der Gestaltung der Bezahlkarte so weit als möglich zu Gunsten der Schutzsuchenden ausgenutzt werden, damit diese so selbstbestimmt wie möglich mit den Leistungen umgehen können.

### Alleinerziehende

Alleinerziehende sind oft Frauen. Sie und ihre Kinder sind oft in erheblichem Maße von Armut betroffen.

Kommunale Sozialpolitik muss diese Gruppe besonders im Blick haben. Sei es bei der Wohnraumversorgung, beim Vorrang in Kinderbetreuungseinrichtungen und den Möglichkeiten, die Doppelbelastung Arbeit und Kinder besser zu bewältigen.

## » Sozialpolitische Forderungen zur Gemeinderatswahl 2024

**Das Heidelberger Bündnis gegen Armut und Ausgrenzung ist ein offener Zusammenschluss von 56 sozialen Organisationen, der sich seit 20 Jahren gegen Armut und Ausgrenzung, also für soziale Integration, engagiert.**

Aus unserer täglichen beruflichen Arbeit wissen wir viel über die sozialen Notwendigkeiten und die Nöte der Menschen in schwierigen Lebenslagen. Wir möchten aktiv dazu beitragen, dass Heidelberg sich zu einer Stadt des sozialen Ausgleichs weiterentwickelt, und verstehen uns als Lobby für arme und von sozialer Teilhabe ausgegrenzte Menschen. Menschenverachtenden politischen Positionen treten wir gemeinsam entgegen.

Aus unserer Arbeit heraus haben wir Forderungen zu übergreifenden sozialen Themen entwickelt, deren Wichtigste wir skizzieren. Wir legen sie den Kandidierenden bei der Kommunalwahl vor und freuen über alle Arten von Rückmeldungen.



Das Heidelberger Bündnis will Ihnen unsere Argumente an die Hand geben, damit Sie sich mit den Kandidatinnen und Kandidaten inhaltlich auseinandersetzen können.

**Mit dieser kleinen Broschüre möchten wir vom Heidelberger Bündnis gegen Armut unsere sozialpolitischen Forderungen im Rahmen der Gemeinderatswahl 2024 für alle Kandidierenden zusammenfassen.** Diese sind im Heidelberger Bündnis abgestimmt und bilden – neben den vielen Forderungen und Notwendigkeiten in den Arbeitsfeldern einzelner Träger von Einrichtungen und Diensten – einen gemeinsamen Grundkonsens.

Leider ist unser Katalog an Forderungen zur letzten Gemeinderatswahl 2019 noch immer erschreckend aktuell.

Eine positive Veränderung gab es jedoch im Bereich Mobilität durch das Deutschlandticket und dessen Bezuschussung für Inhaber\*innen des Heidelberg-Pass.

In Heidelberg wird politisch besonderes Augenmerk auf das Thema Diskriminierung und Ausgrenzung in allen Formen gelegt. Das ist gut so, es ist jedoch wichtig, dass in diesem Zuge eine armutsverhindernde Sozialpolitik nicht vergessen wird.

Die relative Armutsquote in der Rhein-Neckar-Region ist mit 15,2 % die höchste in Baden-Württemberg, eine umfassende Zielplanung zur Bekämpfung von Armut ist in Heidelberg nicht vorhanden. Inzwischen stellt sich sogar an vielen Punkten die Frage, ob so die soziale Infrastruktur dauerhaft stabil bleiben kann.

## THEMEN, DIE UNS WICHTIG SIND:

### » Die Bedeutung der sozialen Infrastruktur erkennen, erhalten und weiterentwickeln

In Zeiten knapper Finanzmittel werden Leistungen direkt oder indirekt gekürzt, indem sie nicht an Tarif- und Kostensteigerungen angepasst werden. Soziale Aufgaben brauchen aber weiterhin einen hohen Stellenwert in der Kommunalpolitik. Es sollte eine langfristige Strategie zur Bekämpfung von Armut verbunden mit einer proaktiven Sozialplanung geben, welche vom Gemeinderat eingefordert wird.

Hierbei darf die sehr wichtige umfangreiche Bestandsaufnahme mit den daraus zusammen mit Trägern entwickelten Handlungsempfehlungen im Rahmen des jeweiligen

„Berichts zur sozialen Lage“ nicht zu einem Randthema im Rahmen des Stadtentwicklungskonzepts werden. Es ist für eine strategische Steuerung und als Messgröße insbesondere auch die relative Armutsquote für die Stadt regelmäßig zu erheben. Es braucht eine langfristige Strategie mit definierten politischen Zielen und einem finanzierten Handlungskonzept für den sozialen Bereich, die mit allen Akteuren entwickelt wird.

### » Wohnen in Heidelberg für alle

Weiterhin ist eines der wichtigsten sozialen Themen die unzureichende Versorgung von armen Menschen, Personen mit einem Handicap und / oder in schwierigen sozialen Lagen mit Wohnraum.

Das Problem ist nicht leicht zu lösen, aber es gäbe eine Vielzahl von Maßnahmen zur Verbesserung des Zugangs und der Vermeidung von Verdrängungsprozessen ins Umland. Die Diskussionen um den Anteil der günstigen Wohnungen in jedem neuen Quartier ist beschämend. Den Ansatz, dass 30 % des Einkommens als Nettomiete angemessen sind und sich die Miete dem Einkommen anpasst, halten wir für ein weiterzuentwickelndes, gutes Modell.

Die Chancen der Konversionsflächen für Wohnraum für Menschen mit wenig Geld müssen genutzt werden. Wir stellen fest, dass dies insbesondere in der Bahnstadt völlig misslungen ist. Die Wohnungsvergabe der GGH muss auch Menschen in finanziell und sozial schwierigen Lebenslagen berücksichtigen. Ebenso muss es auch Wohnraum für ehemals wohnungslose Menschen geben, eventuell auch als Zwischenschritt über Modelle wie „Housing first“. Es wäre auch zu prüfen, ob es nicht eine sozial orientierte und organisierte Wohnungsbaugesellschaft geben sollte.

Auch Sonderwohnformen, wie Wohnheime für Lehrlinge und Studenten, Betriebswohnungen vor allem für im sozialen Bereich Beschäftigte und betreutes Wohnen müssen ausgebaut werden.

Wir fordern: Die letzte „offene Konversionsfläche“, das PHV, soll nicht nur ein ökologischer, sondern auch ein sozialer Leuchtturm werden. Mit vielen günstigen Wohnungen – ob Neubau oder im Bestand – vielen sozialen, inklusiven Räumen und Projekten sowie mit einer Versorgungsstruktur, die Soziales und Nachhaltiges mitdenkt.

[www.das-heidelberger-buendnis.de](http://www.das-heidelberger-buendnis.de)



### » Begegnung im Stadtteil

In allen Stadtteilen soll es niedrigschwellige und nachbarschaftsorientierte Angebote in „Quartiers- und Familienzentren“ geben, welche gemeinsam von allen vor Ort aktiven Gruppen und Strukturen genutzt werden können. Dies reicht von der Gemeinwesenarbeit über niederschwellige soziale Beratung bis zu kulturellen Gruppen in den Sozialräumen. Dies bedeutet eine stadtteilorientierte Bündelung sozialer Ressourcen. Das teilweise vorhandene Stadtteil- und Quartiersmanagement, die Seniorenzentren, Stadtteilvereine und soziale Einrichtungen im Stadtteil können da jeweils ein Nucleus sein. Räumlichkeiten und Konzepte müssen entsprechend entwickelt werden.

### » Besondere Hilfen für Menschen in der Grundsicherung und sozialen Notlagen

Für die Höhe des Mindestlohns und vor allem des Bürgergelds ist die Kommunalpolitik nicht verantwortlich. Der Polemik und den falschen Behauptungen, denen Bürgergeldempfänger\*innen ausgesetzt sind, sollte aber auch die kommunale Politik entgegenreten.

Die bestehende gute Beratungsstruktur, wie Sozial-, Schuldner- und Fachberatungen, ist zu stärken und vor allem sind die Zugänge und die Information darüber zu verbessern.

Antragsverfahren für Sozialleistungen sind im Handlungsbereich der Kommune zu erleichtern, zu verbessern und an den Interessen der bedürftigen Menschen auszurichten.

Der wichtige Heidelberg-Pass ist zu erhalten und weiterzuentwickeln es sollte über seine Funktionen und die damit verbundenen Möglichkeiten besser informiert werden.

Beim Jobcenter Heidelberg soll die Kommune als Mitträger eine kundenfreundliche Orientierung und leichte Zugänglichkeit einfordern. Diese ist immer weniger gegeben. Es muss auch weiterhin leicht zugängliche und zentrale Mailadressen geben. Einen Zugang nur über ein Benutzerkonto schließt Berater und digital unerfahren Menschen aus. Ebenso muss durch das Jobcenter sichergestellt werden (Sprachmittler, Übersetzungsprogramme), dass es keine sprachlichen Barrieren in der Kommunikation gibt.

Im Bereich Arbeitsmarktintegration und Teilhabe an Arbeit sind neue kreative Modelle und Aktivitäten, wie z.B. Arbeits- und Lernwerkstätten, besonders auch für junge Menschen und die Gruppe der Langleistungsbezieher zu entwickeln.